

DKP-Bildungsthema 2002:

Marxistische Parteitheorie und kommunistische Praxis (Theorie und Organisation der Partei)

Inhalt:

1. Einleitung
 2. Die Parteifrage bei Marx, Engels und Lenin
 3. Zu unseren Organisationsgrundsätzen heute und Fragen der Leitungsarbeit (R.Priemer)
 4. Weitere Literatur
 5. Vorschläge für die Seminargestaltung
-

1. Einleitung

In den letzten Monaten werden die zunehmenden weltweiten Krisenerscheinungen des kapitalistischen Wirtschafts- und Finanzsystems immer deutlicher. Dies hat gravierende ökonomische, soziale und politische Auswirkungen auf die Lage der arbeitenden Menschen, der Arbeitslosen, der Jugend, der Mehrheit der Rentnerinnen und Rentner. Immer mehr sind die Arbeiterklasse und selbst die Mittelschichten in den entwickelten imperialistischen Ländern von den Folgen betroffen. Im Februar überstieg die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland offiziell die Marke von 4,290 Millionen. Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht in Sicht.

In dieser Situation baut Deutschland sein militärisches Engagement weiter aus, werden neue Rüstungsvorhaben geplant und Truppen in den mittleren und nahen Osten entsandt. Im Inneren wird – angeblich zum Schutz vor Terroristen – die „Innere Sicherheit“ aus- und soziale wie politische Rechte abgebaut.

- **In der Gegenwart wird in bürgerlichen, aber auch in einigen linken Kreisen immer wieder behauptet, eine kommunistische Partei wäre heute nicht mehr notwendig, es handele sich hierbei um ein überholtes Parteimodell der Vergangenheit.**

Abwehrkämpfe gegen die Folgen imperialistischer Globalisierung, gegen weiteren Sozialabbau und wachsende Armut, gegen die Einschränkung und den Abbau demokratischer Grundrechte, Aktionen gegen Kriegspolitik und Kriegseinsätze stehen in der Bundesrepublik Deutschland und weltweit heute auf der Tagesordnung. Widerstand gegen Rassismus und Faschisten ist erforderlich. In all diesen Auseinandersetzungen gibt es nach wie vor nur eine einzige Kraft, die in der Lage ist, Teilbewegungen tatsächlich zu bündeln und prinzipielle Veränderungen zu erzwingen. Das ist die Arbeiterklasse.

Doch der Widerstand ist gegenwärtig zu schwach, die Arbeiterbewegung ist zersplittert. Die Gegenkräfte handeln zudem wenig organisiert. Vieles erinnert dabei heute an die Entwicklungen, in denen sich das Proletariat ursprünglich als Klasse konstituiert hat und seine revolutionären Organisationen entstanden. Wieder und unter neuen historischen Bedingungen muss sich sozialer und politischer Widerstand wirksam formieren.

In diesem Prozess haben Kommunisten, hat die kommunistische Partei eine besondere Aufgabe, eine spezifische Verantwortung.

Mancher in der sozialistischen Bewegung meint jedoch, in der momentanen gesellschaftlichen Situation müsse man das gegenwärtige System nur ausreichend reformieren und demokratisieren, dann könne man mehr soziale Gerechtigkeit erreichen. Auch in der Bun-

desrepublik gibt es deutliche Ansätze in dieser Richtung. Hier sei nur auf den vorliegenden „offiziellen“ Programmentwurf der PDS verwiesen.

Das verhindert wirksamen Widerstand, desorientiert. Folgt man dieser Argumentation, dann braucht man heute tatsächlich keine revolutionäre Partei. Auch das erinnert an Erfahrungen der Arbeiterbewegung, an Auseinandersetzungen um die revolutionäre Orientierung der Klassenorganisationen der Arbeiterklasse.

Jedoch: „Die Realität der bürgerlichen Gesellschaft ausschließlich mit ihrer Idealität, dem verschönerten Schein ihrer selbst, zu bekämpfen, hat aber noch immer auch zu einer Stabilisierung des Kapitalismus beigetragen. Eine Opposition dieser Art droht zu einer Selbsterhaltungsfunktion des Systems, der existierenden Macht/Ohnmacht-Struktur der Gesellschaft zu verkümmern, statt diese zur intellektuellen und tatsächlichen Disposition zu stellen“¹.

In dieser Situation sind Kräfte notwendig, die eine politische Orientierung geben, Menschen mobilisieren, für ihre eigenen Interessen gegen die Macht der Monopole, Versicherungen und Banken aktiv zu werden.

- **Gibt es heute aber noch genügend kollektive Interessen angesichts zunehmender „Individualisierung“ um daraus die Notwendigkeit einer kommunistischen Partei abzuleiten? Sind heute politische Bewegungen nicht wirksamer als Parteien um diesen Widerstand zu organisieren?**

Es gibt heute keine politische oder soziale Bewegung, die die kapitalistische Gesellschaft insgesamt in Frage stellt. Immer werden nur Teilfragen thematisiert. Diese Fragen sind wichtig in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um Krieg und Frieden, gegen die Auswirkungen kapitalistischer Globalisierung, gegen Arbeitslosigkeit und Armut, für internationale Solidarität, gegen Faschismus und Rassismus usw. Zur Bestimmung einer gesellschaftlichen Perspektive reicht dies jedoch nicht aus.

Solange das Proletariat nicht politisch als Klasse handelt, so lange gibt es keine breite politische oder soziale Bewegung, die die kapitalistische Gesellschaft insgesamt in Frage stellt.

Die DKP steht als kommunistische Partei für eine konsequente Opposition zur Formierung des außerparlamentarischen Widerstandes. Sie sucht Bündnispartner für gemeinsames Handeln unterschiedlicher Kräfte und macht auf gesellschaftliche Zusammenhänge aufmerksam. Die Mitglieder der kommunistischen Partei tragen zur **Formierung von Gegenwehr** und **Entwicklung von Klassenbewusstsein** in der Arbeiterklasse bei. Sie vermitteln Erkenntnisse über die Ursachen der vor sich gehenden gesellschaftlichen Entwicklungen und drängen auf die Notwendigkeit von Organisation. Sie machen darauf aufmerksam, wie die Interessen des Einzelnen „eingebettet“ sind in unterschiedliche Klasseninteressen und die aus den gesellschaftlichen Verhältnissen und Entwicklungen resultierenden objektiv begründeten Klasseninteressen. Sie treten ein für Internationalismus, gegen Rassismus und Faschismus. Die Kommunistinnen und Kommunisten stehen für eine konsequente Antikriegspolitik.

- **Ist die DKP nicht doch nur die Fortsetzung eines gescheiterten politischen Konzepts der Vergangenheit?**

Die DKP hat sich in den Jahren seit 1989/90 intensiv mit der Geschichte der kommunistischen Bewegung auseinandergesetzt, Fehler und Irrtümer benannt. **Es gibt jedoch keinen Grund, sich von den humanistischen Grundlagen kommunistischer Politik und ihren theoretischen Wurzeln zu distanzieren oder sich für die Geschichte zu „entschuldigen“.**

¹ H.Klenner: Marxistische Rechtsphilosophie - auf dem Abstellgleis der Weltgeschichte? In: Eric Hobsbawm u.a.: Das Manifest – heute. Hamburg 1998. S.193

Nach wie vor bleibt unser Ziel, eine Gesellschaft, worin „die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“². Unser Ziel ist, eine Welt des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit, der Gleichberechtigung der Kulturen und jedes Menschen durchzusetzen.

Menschlicher Emanzipation und dem Schutz der Natur steht heute jedoch nach wie vor das herrschende Profitprinzip der kapitalistischen Gesellschaft entgegen. Die Mitglieder der DKP tragen deshalb mit ihren Möglichkeiten dazu bei die Erkenntnis zu vermitteln, **dass die gegenwärtige Gesellschaft nicht den Endpunkt der Geschichte darstellt**. Sie begründen die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Perspektive, des **Sozialismus**. **Ihr Kampf gilt – über die Tagesaufgaben hinaus – der Verwirklichung dieser Perspektive.**

Kommunistische Parteien wie die DKP sind in den Klassenauseinandersetzungen der Gegenwart und für die Gestaltung der Zukunft, den Bruch mit den bestehenden Macht- und Eigentumsformen unentbehrlich. Sie können anknüpfen an mehr als 150 Jahre kommunistischer Parteientwicklung, an Erfahrungen, Irrtümer und Erfolge der revolutionären Arbeiterbewegung.

Die Erfahrungen der Niederlage 1989/90 und die entstehenden neuen Kampfbedingungen haben in der DKP wie in anderen kommunistischen Parteien zu einer Reihe von Fragen geführt. Dazu gehören auch Fragen der Parteitheorie, der konkreten Organisation der KP und der innerparteilichen Demokratie, um angesichts der neuen gesellschaftlichen Herausforderungen zu bestehen. Dabei gibt es – getragen von dem Bemühen, die besten Bedingungen für die Formierung der Klasse zu schaffen – unterschiedliche Antworten auf Fragen wie:

- Wie ist unter heutigen Bedingungen gesellschaftlicher Auseinandersetzung, vor allem den objektiven Herausforderungen des Klassenkampfes die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei, einer revolutionären Partei, zu begründen?
- Welche Aufgaben hat eine Kommunistische Partei in „nichtrevolutionären Zeiten“, speziell unter den Bedingungen und Folgen der tiefen Niederlage der revolutionären Arbeiterbewegung 1989/90?
- Gelten Organisationsprinzipien der Kommunistischen Partei für alle Zeiten oder müssen die jeweiligen konkreten Bedingungen beachtet werden? Auf welche Grundsätze ist dabei zu achten, aus welchen Fehlern der Vergangenheit zu lernen? Was ist und bleibt für die DKP unverzichtbar? Wie sind Erfahrungen der Vergangenheit zu bewahren, weiterzugeben und Prinzipien weiter zu entwickeln?³
- Wie gelingt es, unter den heutigen Bedingungen die DKP – sowohl in Bezug auf die Mitgliederzahl als auch Mobilisierungs- und Aktionsfähigkeit - zu stärken, einseitige Orientierungen auf Aktionseinheits- und Bündnispartner zu vermeiden, politische Verengungen zu überwinden?

Dass diese Fragen in einem Bildungsthema der DKP heute neu aufgegriffen werden hat mehrere Gründe:

Erstens: Die DKP befindet sich am Beginn einer Programmdebatte, die in den nächsten Jahren auch zur Diskussion von Grundsätzen kommunistischer Politik unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen sowie der Rolle der kommunistischen Partei und ihrer Organisationsprinzipien führen wird. Dieses Bildungsthema soll daher zugleich der **Vorbe-**

² Marx/Engels: Manifest der kommunistischen Partei. In: MEW Bd. 4, S. 482

³ Robert Steigerwald macht u.a. in einem Beitrag in den Marxistischen Blättern, Heft 1/ 2002 anlässlich des Jahrestages des Erscheinens von Lenins „Was tun?“, auf eine Lehre aufmerksam, die Lenin aus damaligen Auseinandersetzungen zog „– in einem Brief an Maxim Gorki: man dürfe die Taktik , ‚die revolutionären Worte von 1906 zu erhalten (zu konservieren), statt die revolutionäre Methode auf die neue, andere Situation, auf die veränderte Epoche anzuwenden, die andere Methoden und andere Fragen der Organisation erheischt,‘ diese ‚tote Taktik‘ nicht akzeptieren“. (W. I. Lenin, Briefe Band 2, S. 220). Siehe auch UZ Nr. 7 und 8/2002

reitung dieser Diskussion bzw. als Begleitmaterial der Programmdiskussion dienen.

Zweitens: Es geht unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen um **einen notwendigen Diskussions- und Klärungsprozess, um die Schärfung des eigenen Profils und Selbstverständnisses der Kommunistinnen und Kommunisten in der DKP.**

Drittens: Es geht um die **Stärkung der DKP**, um die Gewinnung neuer Mitglieder, neuer Sympathisantinnen und Sympathisanten sowie Abonnenten für die Zeitung der DKP, die UZ. Dies erfordert, die Arbeit aller Organisationsgliederungen der Partei, vor allem der Grundorganisationen, so zu entwickeln, dass politische Orientierungen der DKP „vor Ort“ konzeptionell und durch Aktionen umgesetzt werden, die die politische Wirksamkeit und Anziehungskraft der Partei wesentlich erhöhen und dazu beitragen, die Arbeit der Genossinnen und Genossen in Betrieben, Gewerkschaften, politischen, sozialen Bewegungen sowie in Bürgerinitiativen wirkungsvoll zu unterstützen.

Viertens: In Vorbereitung des Parteitages Anfang Dezember 2002 wird es eine Diskussion um Veränderungen im Statut geben, die im Zusammenhang mit dem organisatorischen Selbstverständnis der DKP im gegenwärtigen Entwicklungsstadium der Partei, mit den Bedingungen der Parteientwicklung stehen.

Fünftens: Eine Reihe neuer, jüngerer Mitglieder ist in den letzten Jahren zur DKP gestoßen. Ihnen sind Diskussionsprozesse früherer Jahre weitgehend unbekannt. Dieses Bildungsthema könnte also – soweit die entsprechenden Genossinnen und Genossen nicht am Fernstudium der DKP teilnehmen – einen **Beitrag zur politischen Bildung der neuen Genossinnen und Genossen** und zur Gewinnung neuer Mitglieder leisten. Andererseits kann es als **Begleitmaterial zum Fernstudium der DKP** genutzt werden.

Sechstens: Wenden wir uns gegen Antikommunismus und Geschichtsfälschung. Auch deshalb wäre zu überlegen, inwieweit die Diskussion zu diesem Bildungsthema in den Gruppen als öffentliche Veranstaltung durchgeführt werden kann.

N.Hager/ J.Horn

April 2002

2. Die Parteifrage bei Marx, Engels und Lenin

Die Geschichte der kommunistischen Partei beginnt mit der Gründung der ersten kommunistischen Organisation und deren Statuten sowie deren erstem Programm, dem "Manifest der Kommunistischen Partei".

Das welthistorische "Manifest der Kommunistischen Partei", die Geburtsurkunde des wissenschaftlichen Kommunismus, wurde am Vorabend der Revolution von 1848 geschrieben. Sein Entstehen war unmittelbar mit der Herausbildung der ersten revolutionären proletarischen Partei verbunden. Auf Grund ihrer praktischen Erfahrungen im Klassenkampf verwarfen in der Mitte der vierziger Jahre des neunzehnten Jahrhunderts die fortgeschrittenen Kräfte des Bundes der Gerechten - damals die politische Vorhut der deutschen Arbeiter, die angesichts der Herrschaft der Reaktion in Deutschland im Ausland wirkte - die Lehren **Weitlings**, die mehrere Jahre hindurch die programmatische Grundlage des Bundes gebildet hatten.

Wilhelm Weitling (1808-1871) begründete nach Engels den deutschen Kommunismus⁴. Was den Weitlingschen **Arbeiterkommunismus** von anderen Auffassungen seiner Zeit unterschied, war die Orientierung auf das revolutionäre Handeln der Klasse insgesamt.

⁴ Vgl. F.Engels: Fortschritte der Sozialreform auf dem Kontinent. In: MEW. Bd.1.S.490. Marx und Engels anerkannten stets – trotz der Begrenztheit des Weitlingschen utopischen Kommunismus – die Bedeutung seines Wirkens.

Weitling orientierte weder auf Verschwörungen und die Aktion kleiner, radikaler Minderheiten, noch erwartet er Veränderungen auf dem Wege von Reformprojekten. Das bedeutet auch eine Umorientierung in der Frage der Organisation, weg von Geheimgesellschaften und Putschistenbünden, hin zu Öffentlichkeitsarbeit, Aufklärung, Propaganda. „Der Umsturz des alten Bestehenden ist Revolution; folglich ist der Fortschritt nur durch Revolutionen denkbar. Es lebe die Revolution!“⁵

Damit trug der Weitlingsche Arbeiterkommunismus wesentlich zur Formierung des Proletariats zu einer selbständigen Klasse bei. Gleichzeitig war er noch nicht in der Lage, den Zugang zu einer wirklich wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse zu eröffnen.

Engels schrieb dazu:

„Es gereicht ihnen zur höchsten Ehre, daß sie, die selbst noch nicht einmal vollgültige Proletarier waren, sondern nur ein im Übergang ins moderne Proletariat begriffener Anhang des Kleinbürgertums, der noch nicht in direktem Gegensatz gegen die Bourgeoisie, d.h. das große Kapital, stand - daß diese Handwerker imstande waren, ihre künftige Entwicklung instinktiv zu antizipieren und, wenn auch noch nicht mit vollem Bewußtsein, sich als Partei des Proletariats zu konstituieren. Aber es war auch unvermeidlich, daß ihre alten Handwerkervorurteile ihnen jeden Augenblick ein Bein stellten, sobald es darauf ankam, die bestehende Gesellschaft im einzelnen zu kritisieren, d.h. ökonomische Tatsachen zu untersuchen. Und ich glaube nicht, daß im ganzen Bund damals ein einziger Mann war, der je ein Buch über Ökonomie gelesen hatte.

...

Inzwischen hatte sich neben dem Kommunismus des Bundes und Weitlings ein zweiter, wesentlich verschiedner herausgebildet. Ich war in Manchester mit der Nase darauf gestoßen worden, daß die ökonomischen Tatsachen, die in der bisherigen Geschichtsschreibung gar keine oder nur eine verachtete Rolle spielen, wenigstens in der modernen Welt eine entscheidende geschichtliche Macht sind; daß sie die Grundlage bilden für die Entstehung der heutigen Klassengegensätze; daß diese Klassengegensätze in den Ländern, wo sie vermöge der großen Industrie sich voll entwickelt haben, also namentlich in England, wieder die Grundlage der politischen Parteibildung, der Parteikämpfe und damit der gesamten politischen Geschichte sind. Marx war nicht nur zu derselben Ansicht gekommen, sondern hatte sie auch schon in den »Deutsch-Französischen Jahrbüchern« (1844) dahin verallgemeinert, daß überhaupt nicht der Staat die bürgerliche Gesellschaft, sondern die bürgerliche Gesellschaft den Staat bedingt und regelt, daß also die Politik und ihre Geschichte aus den ökonomischen Verhältnissen und ihrer Entwicklung zu erklären ist, nicht umgekehrt. Diese die Geschichtswissenschaft umwälzende Entdeckung, die, wie man sieht, wesentlich das Werk von Marx ist und an der ich mir nur einen sehr geringen Anteil zuschreiben kann, war aber von unmittelbarer Wichtigkeit für die gleichzeitige Arbeiterbewegung.“⁶

So wichtig Weitling in einer bestimmten Phase der Formierung der Klasse und ihrer Organisation ist, so sehr blieb er mit seinen Auffassungen hinter den Anforderungen einer sich entwickelnden Klasse und eines sich zuspitzenden Klassenkampfes zurück. Diese Situation wurde Mitte der 40er Jahre des 19. Jh. deutlich. In dieser Situation stießen **Marx** und **Engels** zum Bund der Gerechten.

Die beiden Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus hatten sich Anfang 1846 mit dem Brüsseler Korrespondenzkomitee ein organisatorisches und ideologisches Zentrum zur Durchsetzung ihrer neuen, in den Grundzügen gerade ausgearbeiteten Weltanschauung in der Arbeiterbewegung geschaffen und auch im Bund der Gerechten starken Einfluss gewonnen. Auf Einladung der in London befindlichen Zentralbehörde des Bundes der Gerechten traten Karl Marx und Friedrich Engels Anfang 1847 dem Bund bei, nachdem ihnen

⁵ W. Weitling: Garantien der Harmonie und der Freiheit. Mit einer Einleitung und Anmerkungen neu herausgegeben von Bernhard Kaufhold, Akademie Verlag Berlin 1955, S. 256

⁶ F.Engels: Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten. In: MEW Bd. 21, S. 210 ff.

zugesichert worden war, dem nächsten Bundeskongress ihre Ideen vortragen zu können. Damit setzte die entscheidende Wende im Bund der Gerechten, seine Umwandlung in den Bund der Kommunisten, in die erste Partei des deutschen und des internationalen Proletariats, ein.

Höhepunkt und Abschluss der mehrmonatigen Programmdiskussion war der 2. Bundeskongress, der ab 29. November 1847 für fast zwei Wochen in London tagte. Im Mittelpunkt seiner Beratungen stand das Parteiprogramm. Karl Marx, der von der Brüsseler Kreisorganisation des Bundes zum Kongress delegiert worden war, legte die **Konzeption für ein wissenschaftliches Parteiprogramm** vor und verteidigte sie in ausführlicher Diskussion.

Ausgehend von einer materialistischen Geschichtskonzeption und gestützt auf eine ökonomische Analyse entwickelten sie ihre Theorie von der historischen Mission des Proletariats und von der kommunistischen Partei.

Für Marx und Engels stand die Frage der Partei immer im Zusammenhang mit der Entwicklung des Proletariats als Klasse,

- das objektiv das Interesse vollständiger sozialer Emanzipation repräsentiert,
- das sich in der Dynamik der Kämpfe um diese Interessen von einer Klasse an sich zur Klasse für sich formiert,
- das Momente dieser Interessen bereits in der kapitalistischen Gesellschaft verwirklichen kann, aber nur durch entschiedenen Kampf.

Marx und Engels betonten dabei die Notwendigkeit der Verbindung von Tageskampf und sozialistischem Ziel. Nur ein besonderes „Organ“ der Klasse, die kommunistische Partei, ist ihres Erachtens in der Lage, diese Momente zu „vermitteln“.

Was ist damit gemeint?

Die Gestaltung der kommunistischen Gesellschaft, wie auch der Klassenkampf gegen die Bourgeoisie laufen **nicht spontan**, nicht willkürlich ab. Beide müssen **bewusst organisiert** werden.

Die Frage nach der Partei war bei Marx und Engels dabei immer untrennbar verbunden mit ihren Vorstellungen über die neue, die kommunistische Gesellschaft, deren Notwendigkeit sie bereits in ihren frühen Schriften begründen. Die Schaffung der politischen Organisation der Arbeiterklasse, der kommunistischen Partei ergibt sich aus der Notwendigkeit der Errichtung dieser Gesellschaft. Sie ergibt sich aus der Notwendigkeit des proletarischen Klassenkampfes.

Sie ergibt sich aus der Notwendigkeit, die „Klasse an sich“, wie sie durch die Bourgeoisie „produziert“ wird, zu einer Klasse zu formieren, die in der Lage ist, ihre eigenen Interessen gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft zu formulieren und im politischen Klassenkampf durchzusetzen.

„Die ökonomischen Verhältnisse haben zuerst die Masse der Bevölkerung in Arbeiter verwandelt. Die Herrschaft des Kapitals hat für diese Masse eine gemeinsame Situation, gemeinsame Interessen geschaffen. So ist diese Masse bereits eine Klasse gegenüber dem Kapital, aber noch nicht für sich selbst. In dem Kampf, den wir nur in einigen Phasen gekennzeichnet haben, findet sich diese Masse zusammen, konstituiert sie sich als Klasse für sich selbst. Die Interessen, welche sie verteidigt, werden Klasseninteressen. Aber der Kampf von Klasse gegen Klasse ist ein politischer Kampf.“⁷

⁷ K. Marx: Das Elend der Philosophie. In: MEW Bd. 4, S. 180 ff

Das Erscheinen des „Manifest der Kommunistischen Partei“ fiel mit dem Ausbruch der europäischen Revolutionen von 1848 zusammen. Der Bund der Kommunisten nahm aktiv an der revolutionären Bewegung in verschiedenen europäischen Ländern teil.

Die Antwort die Marx und Engels auf die objektiven Herausforderungen des Klassenkampfes der Arbeiterklasse gaben, kulminiert in der Feststellung von der Notwendigkeit des Wirkens einer Kommunistischen Partei.

Sie verwiesen auf vier Momente des Wirkens einer solchen Partei.

Zum Ersten:

Der nächste Zweck der Kommunisten ist derselbe wie der aller übrigen proletarischen Parteien: Bildung des Proletariats zur Klasse, Sturz der Bourgeoisieherrschaft, Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.⁸

Zum Zweiten:

Die Kommunisten sind keine besondere Partei gegenüber den anderen Arbeiterparteien. Sie haben keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen. Sie stellen keine besonderen Prinzipien auf, worauf sie die proletarische Bewegung modeln wollen.⁹

Zum Dritten:

Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch, dass sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, andererseits dadurch, dass sie stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten.¹⁰

Zum Vierten:

Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weitertreibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bewegung in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus.¹¹

An keiner Stelle begründen Marx und Engels jedoch eine platte „Avantgardetheorie“.

Mit der weiteren Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft bestätigten sich auf der einen Seite die Aussagen, die Marx und Engels hinsichtlich des Wirkens einer kommunistischen Partei formuliert hatten. Zugleich zeigte sich immer deutlicher, dass sich mit dieser Entwicklung auch neue Aufgaben und Anforderungen für eine solche Organisation entstanden waren. Dem wurde weltweit mit der Entwicklung sozialdemokratischer Parteien entsprochen, so mit der Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation 1864 und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei 1869 in Eisenach.

Die Bewegung und Organisation der Partei gewann in einem längeren Entwicklungs- und Auseinandersetzungsprozess (Erfahrungen der Pariser Commune, Gothaer Parteitag, Kampf gegen das Sozialistengesetz in Deutschland) **eine neue Qualität**. Im Kampf gegen das Sozialistengesetz erlangte die revolutionäre deutsche Sozialdemokratie Einsichten über notwendige Strukturen, das Verhältnis von zentraler Leitung und konkreten Erfordernissen vor Ort, über das Verhältnis von parlamentarischem und außerparlamentarischem Kampf usw.

Gleichzeitig aber wurde der Kampf gegen den in der Partei existierenden rechten Opportunismus nicht konsequent genug geführt. Marx und Engels sahen sich in einem Brief an Bebel, Bracke, W.Liebknecht u.a. 1879 (Zirkularbrief¹²) veranlasst, aufgrund aktueller Aus-

⁸ F.Engels/ K.Marx: Manifest der Kommunistischen Partei. In: MEW Bd.4, S. 474

⁹ ebenda

¹⁰ ebenda

¹¹ ebenda

¹² Vgl. MEW Bd. 19, S. 150ff

einandersetzungen in der Partei (es ging u.a. um die Zustimmung eines Reichstagsabgeordneten der Partei zu den Bismarckschen Schutzzöllen und um die Ausrichtung der Zeitung der Partei unter den Bedingungen des Sozialistengesetzes) auf die klassenmäßigen Ursachen und auf die politischen Folgen opportunistischer Bestrebungen in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands aufmerksam zu machen und an Grundsätze kommunistischen Parteiverständnisses zu erinnern.

Kleinbürgerliche Kräfte gewannen in der Arbeiterbewegung unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen, die der sich entwickelnde Kapitalismus ermöglichte, und aufgrund der konkreten Sozialstruktur und Interessenlage in der Arbeiterklasse und im Kleinbürgertum an Einfluss. Dieser Einfluss verstärkte sich am Ende des 19. Jahrhunderts, in der Phase des Übergangs zur imperialistischen Entwicklungsphase des Kapitalismus. Diese Kräfte suchten nach Möglichkeiten innerhalb der bestehenden Verhältnisse Veränderungen über Reformen zu realisieren. Sie entwickelten in diesem Zusammenhang besondere organisatorische Vorstellungen. Dem entsprach eine organisatorische Praxis, die sich mit der Eigenbezeichnung „Revisionismus“ als selbständige Strömungen gegenüber dem proletarisch-revolutionären Kampf des Proletariats formierte.

Bruno Schönlank, Chefredakteur der "Leipziger Volkszeitung", machte **1895** das Revisionismus-Problem erstmalig parteiöffentlich

„Es geht eine Revision der Vorstellungsweise in der Partei vor, wir haben aufgehört, die Partei allein des Industrieproletariats zu sein...die Revision unserer Vorstellungen geht unaufhaltsam weiter, und der verbissene Fanatismus der Parteidogmatiker in der Partei fängt bereits an zu bröckeln.“¹³

Eduard Bernstein (1850-1932), mit dessen Positionen und die seiner Genossen sich Marx und Engels im erwähnten Zirkularbrief (1879) hauptsächlich auseinandersetzen und der als „Stammvater des Revisionismus“ in der Arbeiterbewegung bezeichnet wird, formulierte:

„Die Prognose, welche das "Kommunistische Manifest" der Entwicklung der modernen Gesellschaft stellte, war richtig, soweit sie die allgemeine Tendenz dieser Entwicklung kennzeichnete. Sie irrte aber in verschiedenen speziellen Forderungen, vor allem in der Abschätzung der Zeit, welche die Entwicklung in Anspruch nehmen würde.

...

Die Zuspitzung der gesellschaftlichen Verhältnisse hat sich nicht in der Weise vollzogen, wie sie das "Manifest" schildert.

...

Die Zahl der Besitzenden ist nicht kleiner, sondern größer geworden. Die enorme Vermehrung des gesellschaftlichen Reichtums wird nicht von einer zusammengeschrumpften Zahl von Kapitalmagnaten, sondern von einer gewachsenen Zahl von Kapitalisten aller Grade begleitet. Die Mittelschichten ändern ihren Charakter aber sie verschwinden nicht aus der gesellschaftlichen Stufenleiter".

...

Politisch sehen wir das Privilegium der kapitalistischen Bourgeoisie in allen vorgeschrittenen Ländern Schritt für Schritt demokratischen Einrichtungen weichen. Unter den Einfluss dieser und getrieben von der sich immer kräftiger regenden Arbeiterbewegung hat eine gesellschaftliche Gegenaktion gegen die ausbeuterische Tendenz des Kapitals eingesetzt, die zwar heute noch sehr zaghaft und tastend vorgeht, aber doch da ist und immer mehr Gebiete des Wirtschaftslebens ihrem Einfluss unterzieht.

...

Je mehr aber die politischen Einrichtungen der modernen Nationen demokratisiert werden, um so mehr verringern sich die Notwendigkeiten und Gelegenheiten großer politischer Katastrophen. Wer an der Theorie der Katastrophen festhält, muss die hier gezeichnete Entwicklung nach Möglichkeit bekämpfen und zu hemmen suchen, wie

¹³ Parteitag der SPD, Breslau Protokoll S. 152 / nach: Helga Grebing: Der Revisionismus. Von Bernstein bis zum Prager Frühling. München 1977, S. 15

das die konsequenten Verfechter dieser Theorie übrigens früher auch getan haben. Heißt aber die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat bloß die Eroberung dieser Macht durch eine politische Katastrophe?“¹⁴

Dagegen stand eine sich formierende revolutionäre Linke. Parteitheoretisch und parteihistorisch interessant ist, dass sich diese „neue“ Linke tatsächlich erst unter den Bedingungen des Übergangs zum Imperialismus formierte. Der „alte Bebel“, seine und die politischen Positionen seiner Genossen standen für die Phase des vorimperialistischen Kapitalismus, für den Kampf um die Herausbildung einer marxistischen Arbeiterpartei in Deutschland und den Widerstand gegen das Sozialistengesetz. Mit der Herausbildung des Imperialismus entstanden neue Herausforderungen. Anders als zur Zeit der Kämpfe um die Gesetze zur Beschränkung der Arbeitszeit stand beispielsweise in Deutschland Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts real die Möglichkeit von Reformen in der kapitalistischen Gesellschaft. Rosa Luxemburg gab die Antwort: Es geht um die Verbindung von Reform und Revolution. Das bedeutet, hier wurde eine aufgrund der Analyse und Verallgemeinerung der objektiv vor sich gehenden Entwicklungen in der Arbeiterbewegung entstandene neu herangereifte theoretische Frage revolutionär beantwortet.

Rosa Luxemburg formulierte - anknüpfend an Marx und Engels:

„Für die Sozialdemokratie bildet der alltägliche praktische Kampf um soziale Reformen, um die Besserung der Lage des arbeitenden Volkes noch auf dem Boden des Bestehenden, um die demokratischen Einrichtungen vielmehr den einzigen Weg, den proletarischen Klassenkampf zu leiten und auf das Endziel, auf die Ergreifung der politischen Macht und die Abschaffung des Lohnsystems, hinzuarbeiten. Für die Sozialdemokratie besteht zwischen der Sozialreform und der sozialistischen Revolution ein unzertrennlicher Zusammenhang, indem ihr der Kampf um die Sozialreform *das Mittel*, die soziale Umwälzung aber *der Zweck* ist.“¹⁵

...

Die gesetzliche Reformarbeit hat eben in sich keine eigene, von der Revolution unabhängige Triebkraft, sie bewegt sich in jeder Geschichtsperiode nur auf der Linie und so lange, wie in ihr der ihr durch die letzte Umwälzung gegebene Fußtritt nachwirkt oder, konkret gesprochen, nur *im Rahmen* der durch die letzte Umwälzung in die Welt gesetzten Gesellschaftsform. Das ist eben der Kernpunkt der Frage.

Es ist eben grundfalsch und ganz ungeschichtlich, sich die gesetzliche Reformarbeit bloß als in die Breite gezogene Revolution und die Revolution als kondensierte Reform vorzustellen. Eine soziale Umwälzung und eine gesetzliche Reform sind nicht durch die *Zeitdauer*, sondern durch das *Wesen* verschiedene Momente. Das ganze Geheimnis der geschichtlichen Umwälzung durch den Gebrauch der politischen Macht liegt ja gerade in dem Umschlagen der bloßen quantitativen Veränderungen in eine neue Qualität, konkret gesprochen: in dem Übergang einer Geschichtsperiode, einer Gesellschaftsordnung in eine andere.

Wer sich daher für den gesetzliche Reformweg *anstatt* und *im Gegensatz* zur Eroberung der politischen Macht und zur Umwälzung der Gesellschaft ausspricht, wählt tatsächlich nicht einen ruhigeren, sicheren, langsameren Weg zum *gleichen* Ziel, sondern auch ein *anderes* Ziel, nämlich statt der Herbeiführung einer neuen Gesellschaftsordnung bloß quantitative Veränderungen in der alten.“¹⁶

Beide Positionen wurden in dieser Schärfe zunächst in Deutschland formuliert, aber sie charakterisierten eine weltweite Spaltung der Sozialdemokratie.

¹⁴ E. Bernstein: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie. Eingeleitet von Dieter Schuster Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH Berlin – Bonn - Bad Godesberg 1973, 6. Auflage 1975, Nachdruck der 1921 erschienenen zweiten Auflage, S. 6f

¹⁵ R. Luxemburg: Sozialreform oder Revolution? Mit einem Anhang: Militanz und Militarismus. In: Rosa Luxemburg Band 1, 1893 bis 1905. Erster Halbband. Gesammelte Werke. Dietz Verlag Berlin 1979. 7. Auflage 1990, S.369

¹⁶ ebenda S. 428f

Anknüpfend an die Erfahrungen der internationalen und vor allem der deutschen revolutionären Sozialdemokratie suchte **Wladimir Iljitsch Lenin** für Russland nach den Möglichkeiten des Aufbaus einer revolutionären Partei der Arbeiterklasse.

1898 schrieb Lenin „Die Aufgaben der russischen Sozialdemokratie“¹⁷. In dieser Arbeit begründete er die Notwendigkeit einer einheitlichen revolutionären marxistischen Partei in Russland:

„Die Sozialdemokratie ist die Vereinigung von Arbeiterbewegung und Sozialismus, ihre Aufgabe besteht nicht darin, der Arbeiterbewegung in jedem einzelnen Stadium passiv zu dienen, sondern darin, die Interessen der Gesamtbewegung als Ganzes zu vertreten, dieser Bewegung ihr Endziel, ihre politischen Aufgaben zu weisen, ihre politische und ideologische Selbständigkeit zu wahren. Von der Sozialdemokratie losgerissen, verflacht die Arbeiterbewegung und verfällt unweigerlich in Bürgerlichkeit: führt die Arbeiterklasse nur den ökonomischen Kampf, so verliert sie ihre politische Selbständigkeit, wird sie zum Anhängsel anderer Parteien und übt Verrat an dem großen Vermächtnis: ‚Die Befreiung der Arbeiter muss das Werk der Arbeiter sein‘.“¹⁸

Lenin hob folgende Aspekte in der Auseinandersetzung und in der konkreten Diskussionen um die Aufgaben und den Charakter der Partei hervor:

- **Zum ersten** entwickelte sich auch die revolutionäre Richtung der russischen Sozialdemokratie in Auseinandersetzung mit dem weltweiten Reformismus. Die Kontroverse war „klassisch“. Sie hat sich im Wesen bis heute nicht geändert.

Die Sozialdemokratie sollte aus einer Partei der sozialen Revolution zu einer demokratischen Partei der sozialen Reformen werden. Diese politische Forderung hatte Eduard Bernstein mit einer ganzen Batterie ziemlich gut aufeinander abgestimmter „neuer“ Argumente und Betrachtungen umgeben. Geleugnet wurde die Möglichkeit, den Sozialismus wissenschaftlich zu begründen und vom Standpunkt der materialistischen Geschichtsauffassung seine Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit zu beweisen; geleugnet wurde die zunehmende Verelendung, die Proletarisierung und die Zuspitzung der kapitalistischen Widersprüche. Der Begriff „Endziel“ selbst wurde für unhaltbar erklärt und die Idee der Diktatur des Proletariats völlig verworfen. Geleugnet wurde die *Theorie des Klassenkampfes*, die auf eine streng demokratische, nach dem Willen der Mehrheit regierte Gesellschaft angeblich unanwendbar sei, usw.¹⁹

- Diese Auseinandersetzung gestaltete sich **zum Zweiten** in Russland als Konflikt um die Formierung einer revolutionären Sozialdemokratie. Sie vollzog sich als Auseinandersetzung mit Strömungen, die auf der einen Seite den Kampf der Arbeiterklasse auf Reformen und auf ökonomische Fragen beschränken wollten und die in diesem Zusammenhang auf der anderen Seite die Notwendigkeit einer festen Parteiorganisation überhaupt ablehnten.

Lenin bemerkte in diesem Zusammenhang: „Das Bernsteinianertum aber und die „kritische“ Richtung, zu der sich die Mehrheit der „legalen Marxisten“ samt und sonders bekehrt hatte, machten diese Möglichkeit zunichte und demoralisierten das sozialistische Bewusstsein, indem sie den Marxismus vulgarisierten, die Theorie der Abstumpfung der sozialen Gegensätze predigten, die Idee der sozialen Revolution und der Diktatur des Proletariats für ein Unding erklärten, die Arbeiterbewegung und den Klassenkampf auf engen Trade-Unionismus und „realistischen“ Kampf um kleine, allmähliche Reformen beschränkten. Das war völlig gleichbedeutend mit der Haltung der bürgerlichen Demokratie, die das Recht des Sozialismus auf Selbständigkeit und folglich auch seine Existenzberechtigung verneint; das

¹⁷ LW Band 2

¹⁸ W.I.Lenin: Die dringendsten Aufgaben unserer Bewegung. In: LW. Ins Deutsche übertragen nach der vierten russischen Ausgabe (Die deutsche Ausgabe wird vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED besorgt). Band 4: 1898 – April 1901. Dietz Verlag Berlin 1963, S.367

¹⁹ Ebenda S.362

bedeutet in der Praxis das Bestreben, die aufkommende Arbeiterbewegung in ein Anhängsel der Liberalen zu verwandeln.“²⁰

- **Zum Dritten** war die Situation in Russland durch eine wachsende Handlungsbereitschaft der Massen geprägt. Daraus ergab sich die Frage nach dem Charakter dieser Bewegung und dem Verhältnis der sich formierenden Sozialdemokratie zu dieser.

An anderer Stelle stellte Lenin fest:

„Die Sozialdemokratie leitet nicht nur den Kampf der Arbeiterklasse für günstige Bedingungen des Verkaufes ihrer Arbeitskraft, sondern auch den Kampf für die Aufhebung der Gesellschaftsordnung, die die Besitzlosen zwingt, sich an die Reichen zu verkaufen. Die Sozialdemokratie vertritt die Arbeiterklasse nicht nur in ihrem Verhältnis zu einer bestimmten Unternehmergruppe, sondern in ihrem Verhältnis zu allen Klassen der modernen Gesellschaft und zum Staat als der organisierten politischen Macht. Daher ist es begreiflich, dass die Sozialdemokraten sich nicht nur auf den ökonomischen Kampf beschränken können, sondern es auch nicht zulassen dürfen, dass die Organisation der ökonomischen Enthüllungen zu ihrer hauptsächlichen Tätigkeit werde. Wir müssen die politische Erziehung der Arbeiterklasse, die Entwicklung ihres politischen Bewusstseins aktiv in Angriff nehmen.“²¹

In Konsequenz all dessen formuliert Lenin mehrfach seine parteitheoretische Auffassung:

„Und nun behaupte ich: 1. Keine einzige revolutionäre Bewegung kann ohne eine stabile und die Kontinuität wahrende Führerorganisation Bestand haben; 2. je breiter die Masse ist, die spontan in den Kampf hineingezogen wird, die die Grundlage der Bewegung bildet und an ihr teilnimmt, um so dringender ist die Notwendigkeit einer solchen Organisation und um so fester muss diese Organisation sein (...); 3. eine solche Organisation muss hauptsächlich aus Leuten bestehen, die sich berufsmäßig mit revolutionärer Tätigkeit befassen; 4. je mehr wir die Mitgliedschaft einer solchen Organisation *einengen*, und zwar so weit, dass sich an der Organisation nur diejenigen Mitglieder beteiligen, die sich berufsmäßig mit revolutionärer Tätigkeit befassen und in der Kunst des Kampfes gegen die politische Polizei berufsmäßig geschult sind, um so schwieriger wird es in einem autokratischen Land sein, eine solche Organisation „zu schnappen“, und 5. um so breiter wird der Kreis der Personen aus der Arbeiterklasse und den übrigen Gesellschaftsklassen sein, die die Möglichkeit haben werden, an der Bewegung teilzunehmen und sich in ihr aktiv zu beteiligen.“²²

Wenig später verdichtet sich dies zu einer Konzeption, die dann unter der Überschrift „Partei neuen Typus“ kommunistische Parteivorstellung bis heute qualitativ prägt:

Die "**Partei neuen Typus**" kennzeichnete eine neue Entwicklungsetappe in der Entwicklung revolutionärer Parteien der Arbeiterklasse Arbeiterpartei unter den Bedingungen des sich herausbildenden Imperialismus..

Diese Partei neuen Typus wurde nicht nur wegen der neuen Kampfbedingungen, die die Entwicklung des Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Imperialismus mit sich brachten, notwendig. Sie war notwendig, weil die Sozialdemokratie, die zu Marx' und Engels' Lebzeiten eine Partei revolutionären Charakters gewesen war, sich zu einer opportunistischen Partei entwickelt hatte, die sich politisch-ideologisch an das herrschende System anzupassen suchte und demgemäß die Organisationsform eines "Wahlvereins" annahm, statt eine Organisation des Klassenkampfes auf allen Ebenen zu sein.

Lenin trat unter den spezifischen Bedingungen Russlands in der revolutionären Situation in den Jahren um 1905 – nach dem Aufbau der Partei - zunächst für das Ausprobieren neuer Formen des Kampfes ein:

²⁰ Ebenda S.372

²¹ Ebenda S.412f

²² Ebenda S.480f

„Die Aufgabe ist also klar: den konspirativen Apparat einstweilen beibehalten und einen neuen, legalen aufbauen. ...“²³

...Die neue Form der Organisationen oder, richtiger gesagt, die neue Form der grundlegenden Organisationszellen der Arbeiterpartei muss im Vergleich mit den alten Zirkeln unbedingt breiter sein. Vermutlich wird die neue Zelle außerdem eine weniger straffe, eine mehr ‚freie‘, mehr ‚lose‘ Organisation sein müssen. Bestünde volle Koalitionsfreiheit und wären die staatsbürgerlichen Rechte der Bevölkerung völlig gesichert, so müssten wir selbstverständlich überall sozialdemokratische Verbände gründen (nicht nur gewerkschaftliche, sondern auch politische, also Parteiorganisationen).

...

Unverzüglich wird in allen Versammlungen die Gründung von Vereinen, Organisationen und Gruppen der Partei erörtert werden.

....

Ferner wäre es an der Zeit, auch für die Errichtung sozusagen lokaler wirtschaftlicher Stützpunkte der sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen in Gestalt von Speisehäusern, Teestuben, Bierhallen, Bibliotheken, ... Sorge zu tragen, ...“²⁴

Ende November, Anfang Dezember schrieb er in seinem Artikel „Sozialistische Partei und parteiloser Revolutionismus“:

„Der politische Kampf verschmilzt mit dem ökonomischen – z.B. in Form des Streiks – und schafft ineinander fließende Formen zeitweiliger oder mehr oder minder ständiger Organisationen.

Was bedeutet diese Erscheinung? Wie soll sich die Sozialdemokratie dazu stellen?

Strenges Parteiprinzip ist Begleiterscheinung und Ergebnis eines hochentwickelten Klassenkampfes. Und umgekehrt, im Interesse eines offenen und breiten Klassenkampfes ist die Entwicklung eines strengen Parteiprinzips vonnöten. Daher ist die Partei des klassenbewussten Proletariats, die Sozialdemokratie, durchaus im Recht, wenn sie die Parteilosigkeit unablässig bekämpft und an der Schaffung einer prinzipienfesten, fest zusammengeschlossenen sozialistischen Arbeiterpartei unentwegt arbeitet.“²⁵

In seinem Artikel „Was weiter? (Über die Aufgaben der Arbeiterparteien gegenüber Opportunismus und Sozialchauvinismus)“ vom Januar 1915 stellte W.I.Lenin anhand der gewonnenen Erfahrungen fest:

„Der Typus der sozialistischen Parteien der Epoche der II. Internationale war die Partei, die in ihrer Mitte einen Opportunismus duldete, der sich in den Jahrzehnten der ‚friedlichen‘ Periode immer mehr ausbreitete, aber im Verborgenen blühte, der sich den revolutionären Arbeitern anpasste, von ihnen ihre marxistische Terminologie übernahm und jeder klaren, prinzipiellen Abgrenzung aus dem Weg ging. Dieser Typus hat sich überlebt.“²⁶

Und bezüglich der europäischen Parteien meinte Lenin 1922,

dass die „Umgestaltung des alten Typus der parlamentarischen, in Wirklichkeit reformistischen und nur leicht revolutionär übertünchten europäischen Partei zu einem neuen Typus der Partei, zu einer wirklichen revolutionären, wirklich kommunistischen Partei“ ... eine außerordentlich schwierige Sache sei.²⁷



²³ LW Bd. 10, S.14.

²⁴ LW Bd. 10, S.18f

²⁵ LW Bd. 10, S.61

²⁶ LW Bd. 21, S.99

²⁷ LW Bd.33, S.194

In ihrem theoretischen Selbstverständnis und in ihrem praktischen politischen Verhalten gingen und gehen die Kommunistinnen und Kommunisten anknüpfend an Marx, Engels, Lenin und andere Marxistinnen und Marxisten davon aus, dass der **Klassenkampf** der **Motor der geschichtlichen Entwicklung** ist, dass die **Volksmassen** selbst „**die Geschichte machen**“ und nicht eine „**auserwählte Minderheit**“. **Demgemäß verhält sich die kommunistische Partei als Kampfpartei nach außen und nach innen.** Sie folgt entsprechenden **Organisationsprinzipien**, die diese Aufgabe unter den entsprechenden **historischen Bedingungen** erfordert. **Nicht eine Minderheit von Mitgliedern bestimmt dabei über eine Mehrheit, sondern Politik und Zielstellung sollen gemeinsam von allen, in der Regel von der Mehrheit der Mitglieder der kommunistischen Partei diskutiert, beschlossen und realisiert werden. Solidarisches Verhalten muss dabei die notwendige Diskussion um unterschiedliche Auffassungen prägen.**

Die Verwirklichung von Grundsätzen verläuft immer widersprüchlich. Auch die Geschichte der kommunistischen Organisation war und ist nicht frei von Widersprüchen. In der Vergangenheit wurden kommunistische Organisationsprinzipien nicht selten verletzt. Entweder kam es zu „linken“ Abweichungen, indem der Zentralismus zu Kommando- und Befehlsstrukturen verformt und nur noch auf Anweisung „von oben“ gehandelt wurde; oder es kam zu „rechten“ Abweichungen, indem der Zentralismus praktisch außer Kraft gesetzt und vor lauter Diskussion die Verbindlichkeit von Beschlüssen und die daraus zu folgende gemeinsame Aktion „vergessen“ wurde.

Wird dies zu einem System, dann mindert dies die Rolle der kommunistischen Partei bis zur opportunistischen Selbstaufgabe, indem die Partei sich – Schritt für Schritt die Position der Systemopposition aufgebend – in das bürgerliche Parteienspektrum einpasst und sich auf diese Weise diskreditiert oder bis zum Zustand einer Sekte entwickeln kann.

In beiden Fällen verliert die kommunistische Partei jedoch Autorität, Vertrauen, Glaubwürdigkeit und Rückhalt. **In der Regel werden dabei nicht nur kommunistische Organisationsprinzipien sondern zugleich auch Grundpositionen aufgegeben. Die Partei verliert ihre kommunistische Identität. Deshalb die große Aufmerksamkeit, die Kommunistinnen und Kommunisten ihrer Organisation widmen.**

Nicht dieser widersprüchliche Entwicklungsprozess innerparteilichen Leben ist jedoch von vornherein beunruhigend. Er kann erst dann gefährlich für den Bestand der kommunistischen Partei werden, wenn Abweichungen von den marxischen Organisationsprinzipien und den programmatischen Zielen der Partei nicht rechtzeitig erkannt und nicht rechtzeitig in politisch-ideologischer Auseinandersetzung zu einer konsequenten Klärung geführt werden. Die Erfahrungen der Kommunistinnen und Kommunisten im Hinblick auf die Ursachen und Folgen der Niederlage von 1989/90 bestätigen diese Erkenntnis nachhaltig.

Andererseits ist es jedoch unabdingbar, unter den jeweiligen konkreten gesellschaftlichen Bedingungen über die konkreten Organisations- und entsprechende Aktionsformen der Partei Einigkeit zu erzielen. Also ist der Diskussionsprozess über diese Fragen ein notwendiges Moment in der Entwicklung der kommunistischen Partei.

Die kommunistische Partei

Aus dem Kommunistischen Manifest:

„Die Kommunisten sind keine besondere Partei gegenüber den anderen Arbeiterparteien. Sie haben keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennt Interessen. Sie stellen keine besonderen Prinzipien auf, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen.“ (K.Marx/ F.Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: Werke Bd.4, S.474)

„Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen politischen Parteien nur dadurch, dass sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen des Proletariats die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, andererseits dadurch, dass sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten.
(Ebenda)

„Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weiter treibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus.“
(Ebenda)

„Die Kommunisten arbeiten überall an der Verbindung und Verständigung der demokratischen Parteien aller Länder.“ (Ebenda, S.493)

W.I.Lenin:

„Die Kraft der Arbeiterklasse ist die Organisation. Ohne Organisation der Massen ist das Proletariats nichts...Organisiertheit ist Einheit der Aktion, Einheit des praktischen Handelns. Selbstverständlich sind aber alle Aktionen und alles Handeln nur deshalb und insoweit von Wert, als sie vorwärts bringen und nicht zurückwerfen, als sie das Proletariat ideologisch zusammenschweißen, es heben und nicht herabdrücken, nicht korrumpieren, nicht schwächen. Organisation ohne ideologischen Inhalt ist ein Unfug, der die Arbeiter letzten Endes in klägliche Nachläufer der machthabenden Bourgeoisie verwandelt.“ (W.I.Lenin, Werke Bd.11, S.314f)

„Die Partei ist die bewußte, fortgeschrittenste Schicht der Klasse, ihre Vorhut. Die Kraft dieser Vorhut übersteigt ihre Zahl ... Organisation verzehnfacht die Kräfte.“
(W.I.Lenin, Werke Bd. 19, S.397f)

3. Zu unseren Organisationsgrundsätzen heute und Fragen der Leitungsarbeit

3.1. Zur Entwicklung der DKP in den neunziger Jahren

In teils heftigen Auseinandersetzungen und immer lebendigen Diskussionen Ende der 80er und zu Beginn der 90er Jahre verständigten wir uns kollektiv darüber, dass eine revolutionäre, marxistische Partei der Arbeiterklasse gerade in der größer gewordenen kapitalistischen Bundesrepublik Deutschland nicht überflüssig geworden, sondern notwendig ist.

Wir meinten damit eine Partei, die festhält am sozialistischen Ziel im Sinne der im „Manifest der Kommunistischen Partei“ von Marx und Engels formulierten Grundaussagen:

Notwendig ist eine revolutionäre Partei, die den grundlegenden Bruch mit den kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnissen anstrebt.

Notwendig ist eine Partei, die sich auf die Arbeiterklasse als entscheidende gesellschaftsverändernde Kraft orientiert.

Notwendig ist eine kommunistische Partei, die ihr theoretisches Fundament in der schöpferischen Anwendung und Weiterentwicklung der Theorie von Marx, Engels und Lenin für unsere heutigen Kampfbedingungen hat.

Diese Identitätsmerkmale sind aus unserer Sicht für eine kommunistische Partei unverzichtbar.

Eine solche Partei muss ihre Selbständigkeit bewahren und zugleich eine flexible Bündnispolitik entwickeln, nationale Politik und proletarischen Internationalismus verbinden. Und sie bekämpft den rechten wie "linken" Opportunismus. Wir betrachteten die DKP als eine solche Partei, die es mit aller Kraft zu erhalten galt, zumal sie in den alten Bundesländern als größter Zusammenschluss der Kommunisten übrig blieb. Unsere Parteitage in Dortmund 1990, in Bonn 1991 und in Mannheim 1993 widerspiegelten diesen Diskussionsprozess und führten zu programmatischen Beschlüssen. Die Parteifrage ist nicht offen - es geht um die Stärkung dieser DKP.

Zum Jahreswechsel 1998/90 veröffentlichten wir den Entwurf für ein Statut der DKP. Wir sahen uns aufgrund der innerparteilichen Auseinandersetzungen, der einschneidenden politischen Veränderungen und von Forderungen nach Auflösung bzw. Umbenennung der DKP veranlasst, unsere Organisationsgrundsätze auf den Prüfstand zu bringen, an veränderte Entwicklungen anzupassen sowie neue Formen und Strukturen zu entwickeln und in der Praxis auszuprobieren. Auf dem Parteitag 1990 setzten wir das Statut vorläufig in Kraft, erprobten es und schlossen diese Phase mit weiteren Veränderungen auf dem Mannheimer Parteitag 1993 ab. Damit wiesen wir die Umbenennungs- und Auflösungsforderungen zurück und schufen damit bereits 1990 die Grundlage für die Erhaltung Weiterentwicklung der DKP unter den neuen Bedingungen.

Mir ist niemand in unserer Partei bekannt, der bestreitet oder gar ablehnt, dass unsere organisatorische Kampfkraft auf eigenen Grundsätzen beruhen muss, die sich von allen anderen Parteien unterscheiden. Es kommt aber auch darauf an, sich diese Grundsätze bewusst zu machen und sich an diese Grundsätze und Regeln zu halten. Zu diesen Grundsätzen gehören: Eine breit entwickelte innerparteiliche Demokratie, die Wählbarkeit aller Leitungen von unten nach oben, die Rechenschaftspflicht, die Einbeziehung der ganzen Partei in die Entwicklung der Politik und Programmatik, um zentralisiertes, einheitliches Handeln durch die Verbindlichkeit der Beschlüsse der übergeordneten gewählten Parteiorgane für die nachgeordneten Leitungen und die Mitgliedschaft zu gewährleisten. Zu unseren Grundsätzen gehören auch Kollektivität der Leitungen, Kritik und Selbstkritik, die Organisation der Partei in Grundorganisationen und die Pflicht eines jeden Mitglieds, in einer Grundorganisation mitzuarbeiten. Natürlich wissen wir, dass es zwischen Anspruch und Wirklichkeit Lücken gibt.

3.2. Zur innerparteilichen Demokratie

Im Statut der DKP haben wir diese Grundsätze verankert. Es heißt dort zum Beispiel zur innerparteilichen Demokratie:

„Die innerparteiliche Demokratie in der DKP wird geprägt von der marxistischen Weltanschauung - den Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus von Marx, Engels und Lenin - und der Gemeinsamkeit der politischen Ziele. Dieses macht die Mitglieder der DKP zu einer organisiert und solidarisch handelnden Gemeinschaft von Gleichsinnigen.“

Kommunistinnen und Kommunisten lassen sich von dem Grundsatz leiten, dass ihr gemeinsames Handeln die Voraussetzung der Aktionsfähigkeit und Stärke ihrer Partei ist. Darum verbindet sich in der DKP breite innerparteiliche Demokratie mit dem Grundsatz der vereinigten zentralisierten Aktion. Das erfordert: engere Einbeziehung aller Mitglieder in die Vorbereitung von Entscheidungen sowie in die Entscheidungen selbst; die Entwicklung einer konkret auf die Bedürfnisse und Interessen der Mitglieder und der arbeitenden Menschen bezogenen Politik; die Qualifizierung und Befähigung der Mitglieder zur Durchsetzung der Politik der Partei; die ständige Einbeziehung der Mitglieder in die Ganzheit der Leitungsprozesse, also auch in die Kontrolltätigkeit auf unterschiedlichen Ebenen. Kommunistinnen und Kommunisten halten die innere Ordnung der Partei als für jedes Mitglied verbindlich. Sie verstehen die Bildung von Fraktionen, d.h. Gruppen mit eigener Disziplin, eigenen Strukturen und politischen Plattformen als Gefahr für den Bestand der Partei. Kommunistinnen und Kommunisten treten dafür ein, dass ihr innerparteiliches Leben bestimmt wird durch Kollektivität des Handelns bei gleichzeitiger persönlicher Verantwortung des einzelnen Mitglieds, durch Kritik und Selbstkritik, durch Offenheit und Vertrauen, durch Kameradschaft und gegenseitige Hilfe.

Es gehört zu den organisatorischen Aufgaben der Partei, die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus unter den Mitgliedern zu verbreiten und die Diskussion über ihre Anwendung in der gesellschaftlichen Praxis auf allen Parteiebenen zu fördern. Die Partei ist verpflichtet, organisierend zur Festigung und Weiterentwicklung des wissenschaftlichen Sozialismus beizutragen und die gesicherten Ergebnisse dieser wissenschaftlichen Arbeit in ihre Willensbildung eingehen zu lassen.

Wichtige politische Entscheidungen und längerfristige Handlungsorientierungen, die von Vorständen und Parteikonferenzen beschlossen werden, müssen das Ergebnis der Diskussion der Parteimitglieder sein. Aufgabe der Vorstände ist es, die dafür notwendigen Diskussionsprozesse zu organisieren sowie die Anregungen, Vorschläge und Entscheidungsalternativen zu erarbeiten. Die wichtigsten Mittel, um das gemeinsame Handeln der Parteimitglieder zu erreichen, sind die politische Diskussion der Mitglieder und die Erarbeitung möglichst breiter Übereinstimmung.

Wenn es die aktuelle politische Auseinandersetzung oder die Notwendigkeit politischen Eingreifens erfordern, haben Vorstände und Parteikonferenzen das Recht zur Beschlussfassung ohne vorherige Diskussion der Mitglieder. Die spätere Begründung ist zwingend erforderlich.

Wenn trotz gründlicher Diskussion der Mitglieder keine breite Übereinstimmung erreicht wird, aber Entscheidungen zwingend sind, sind Mehrheitsbeschlüsse unvermeidlich und bindend. Beschlüsse dürfen die freie wissenschaftliche Debatte zur Erarbeitung neuer Erkenntnisse nicht behindern.“

Soweit der Artikel 3 des DKP-Statuts.

3.3. Zu einigen konkreten Erfahrungen und Problemen

Grundlegendes Prinzip des Wirkens unserer Partei ist die dialektische Verbindung von Demokratie und Zentralismus. Je nach historischer Situation und des Kampfes liegt ein unterschiedliches Gewicht auf beiden Elementen. Diese Verbindung entspricht

- dem Charakter der Arbeiterklasse, ihren einheitlichen; über alle Differenzierungen hinweg bestehenden Interessen als Klasse;
- der einheitlichen im nationalen Rahmen zu lösenden Aufgabenstellung der Erringung der politischen Macht;
- den Anforderungen gegen einen ebenfalls einheitlich handelnden und gerade auf Aufspaltung setzenden Klassegegner.

Sowohl Willensbildung, Weiterentwicklung unserer Theorie und Politik als auch Handeln und Aktionstätigkeit der Partei enthalten demokratische und zentralistische Elemente. Zu-

gleich bedeutet Handelnder Partei - und dies wird gegenwärtig von Genossen unterschätzt oder übersehen - immer Orientierung auf die dezentralisierte Aktion; das dezentralisierte Wirken in Betrieb und vor Ort und zugleich das an-einem-Strang-ziehen.

Die richtige, dialektische Verbindung des demokratischen und zentralistischen Elements marxistischer Organisationspolitik stellt unter verschiedenen geschichtlichen Bedingungen immer wieder neue Anforderungen, auch ideologischer Art. Das waren in, den neunziger Jahren und zu einem Teil bis heute folgende Herausforderungen:

Da geht es erstens um die Einheitlichkeit der Partei und ihre Leitung von einem Zentrum aus.

Das entspricht den Klasseninteressen, der Notwendigkeit des einheitlichen Handelns gegen den Klassengegner und der Aufgabe, die Arbeiterklasse als Klasse zu organisieren und zu führen, die ihren Kampf jeweils nicht nur im lokalen, sondern im nationalen Rahmen entwickeln muss. Nur so kann der zunächst spontane und vereinzelt Kampf zum politischen Klassenkampf werden.

Die Möglichkeit und Notwendigkeit bestimmter Schwerpunktsetzungen, die Orientierung einzelner Untergliederungen auf besondere Spezialgebiete steht in keinem Gegensatz zur einheitlichen Führung der Partei durch den Parteivorstand. Ebenso wenig steht diese einheitliche Führung im Gegensatz zur initiativreichen örtlichen Arbeit der Grundorganisationen. Lenin selbst hat sich immer wieder mit diesem Wechselverhältnis auseinandergesetzt. Er sah das örtliche Handeln als „Voraussetzung“ für die einheitliche Führung an und stellte fest, dass eine solche einheitliche Führung „machtlos sein wird, wenn wir nicht gleichzeitig eine maximale Dezentralisation durchführen...“ (W.I.Lenin, Werke 6, S. 241)

Unser Problem ist, wie mir scheint, dass wir zwar einerseits bemerkenswerte Aktivitäten auf einzelnen Kampffeldern von einer Reihe Grundorganisationen haben, aber insgesamt noch zu wenig Aktivitäten vor Ort entwickelt werden, Chancen in die Öffentlichkeit zu gehen trotz vorhandener Möglichkeiten, vertan werden, zuviel Kraft nach innen gerichtet wird. Und wir haben hier das Problem, dass Meinungsstreit nicht produktiv geführt wird, sondern die nach außen gerichtete Arbeit lähmt, nicht an einem Strang gezogen wird.

Da geht es zweitens um die Wählbarkeit und Rechenschaftspflicht aller Vorstände und Sekretariate der Partei.

Das ist Ausdruck des demokratischen Charakters der DKP, schafft in demokratischer Weise die organisationspolitischen Voraussetzungen für ihr Handeln als einheitliches Ganzes, von unten bis oben und umgekehrt: Hier ist vor allem das System der Rechenschaftspflicht auf mittlerer und unterer Ebene weiterzuentwickeln.

Da geht es drittens um die Kollektivität, die Einbeziehung der ganzen Partei in Erarbeitung, Beschlussfassung, Umsetzung und Kontrolle.

Kollektivität bezieht sich auf die Partei als Ganzes wie auf die Parteigruppen und Vorstände. Sie ist sowohl Ausdruck der politisch-ideologischen Geschlossenheit wie auch deren Garantie. Hier haben wir in den letzten Jahren viele gute Erfahrungen gemacht und ich denke dabei u.a. an die Vorbereitung, Diskussion und Verwirklichung der Beschlüsse zur Erhaltung der UZ, und später ihres Wiedererscheinens als Wochenzeitung. Ein solcher Diskussions- und Entscheidungsprozess war in der DKP völlig neu und vor 1990 nicht Praxis; alle diesbezüglichen Entscheidungen wurden vorweg vom Präsidium, Sekretariat und Parteivorstand jeweils gefällt - sowohl Erscheinen der UZ als Wochenzeitung ab 1969 als auch des Erscheinens der UZ als Tageszeitung ab 1973.

Da geht es viertens um das Prinzip der Kritik und Selbstkritik.

Es ist nicht etwa ein Prinzip, das nur bei Fehlern wirksam wird. Im Gegenteil: Es bestimmt das Verhältnis der Partei zu ihrer Aufgabenstellung und deren Umsetzung, es lebt in der

Einheit von Theorie und Praxis, sichert die Weiterentwicklung der Politik der Partei. Kritik und Selbstkritik helfen, eine gültige Politik zu entwickeln und von realistischen Positionen auszugehen. Lenin gab uns auf den Weg: „Für jede lebendige und mit dem Leben eng verbundene Partei ist Selbstkritik zweifellos unbedingt notwendig. Nichts ist abgeschmackter als selbstgefälliger Optimismus.“ (W.I.Lenin, Werke 8, S.450)

Da geht es fünftens darum: Eine Politik, die sich aus dem einheitlichen demokratischen, kollektiven kritischen und selbstkritischen Prozess der Beschlussfassung und Rechenschaftslegung heraus entwickelt begründet die Verbindlichkeit der Beschlüsse als eine Voraussetzung für das einheitliche Handeln.

Da die übergeordneten Vorstände infolge der dargelegten Organisationsgrundsätze einen besseren allgemeinen Überblick über die Lage im ganzen Land, in allen Bereichen der Arbeiterbewegung, auf allen Feldern der Klassenauseinandersetzung verfügen, ist das nur logisch. Daraus ergibt sich, dass Beschlüsse der jeweils übergeordneten Organe für die nachgeordneten Parteigliederungen verbindlich sind. Ebenso ist keine Demokratie möglich ohne Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit. Verbindlichkeit der beschlossenen Politik begrenzt in diesem Sinne den für die Entwicklung der Politik auch notwendigen Meinungsstreit. Es kann, es soll, es muss diskutiert werden. Aber nicht bis zum St. Nimmerleinstag. Diskussion muss der Klärung dienen, muss hinführen zu einem Beschluss über das, was zu tun ist. Und das ist dann bindend, verbindlich für alle Parteimitglieder, ohne Unterschied. Eben das unterscheidet eine marxistische Partei von einem Debattierklub, gibt der breiten demokratischen Diskussion erst die Wirksamkeit, ihren Sinn, der ja im erfolgreichen praktischen Wirken der Partei liegt.

Sechstens: Alle Mitglieder haben gleiche Rechte.

Sie haben das Recht

- an der Erarbeitung der Politik der Partei und ihrer Beschlussfassung mitzuwirken;
- ihre Meinung in allen die DKP betreffenden Angelegenheiten frei zu äußern und sie im Rahmen der Möglichkeiten in Parteipublikationen zu vertreten;
- Kritik an Beschlüssen, Gremien und Mitgliedern der Partei zu üben;
- ihre Meinung zu allen politischen Fragen in der Öffentlichkeit zu vertreten, dies solidarisch zu tun und die Umsetzung gefasster Beschlüsse nicht zu gefährden;
- einzeln oder, in Verbindung mit anderen Mitgliedern politische Positionen, Kritik und Vorschläge zu entwickeln, in den Zusammenkünften und Publikationen der Partei alternative politische Positionen zu vertreten und dafür in unserer Partei um politische Mehrheiten zu werben;
- an der Entwicklung und Diskussion von Personalvorschlägen und der Beurteilung der Tätigkeit von Funktionären der DKP mitzuwirken;
- an der Wahl der Parteiorgane teilzunehmen und selbst gewählt zu werden;
- bei der Beratung aller Angelegenheiten, die das Mitglied selbst betreffen, seine persönliche Anwesenheit zu verlangen.

Jedes Mitglied hat die Pflicht, am Leben und der Arbeit seiner Parteigruppe entsprechend seinen Möglichkeiten und Fähigkeiten teilzunehmen, die in den programmatischen Dokumenten festgelegten und von Parteitag beschlossenen Ziele zu unterstützen sowie die Beschlüsse der Partei anzuerkennen und nach Kräften bei ihrer Umsetzung mitzuwirken. Jedes Mitglied soll sich Kenntnisse des wissenschaftlichen Sozialismus aneignen, die - Publikationen der Partei, insbesondere die Zeitung der Partei, lesen und verbreiten und die materiellen Grundlagen der Partei durch Beitragszahlung gemäß der Beitrags- und Finanzordnung der DKP und das Aufbringen von Spenden sichern zu helfen. Jedes Mitglied hat die Pflicht, sich in seiner politischen Tätigkeit und durch sein persönliches Verhalten gegen soziale Unterdrückung und Ausbeutung, gegen Diskriminierung von Frauen, gegen Diskriminierung von Minderheiten, gegen Rassismus sowie gegen solche Verhältnisse aktiv zur Wehr zu setzen, in denen „der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“ (Karl Marx)

Siebtens: Die „Grundlage der gesamten Parteitätigkeit“; wie es Lenin nannte, sind die Grundorganisationen. unsere Parteigruppen.

Gerade mittels der Grundorganisationen erweist sich die Partei als Kraft an der Basis. Sie sind der Platz und das Instrument der Partei, über die sich sowohl ihr praktisches Wirken entfaltet und ihr beständig neue Erfahrungen und Impulse zufließen. Lenin bezeichnete es als „Hauptfrage“, die zentrale Führung der Partei mit der selbständigen örtlichen Tätigkeit der Grundorganisationen zu verbinden

In den Grundorganisationen verwirklichen sich die Rechte und Pflichten der Mitglieder. Deshalb gehört die unbedingte Mitgliedschaft und das Wirken in einer Grundorganisation der Partei zu den wichtigsten Grundsätzen der DKP. Die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse baut sich auf der Grundlage des Betriebs- und Territorialprinzips auf.

4. Zu einigen Fragen der Leitungsarbeit

In der Organisationsfrage spielt die Leitungsarbeit der Vorstände eine herausragende Rolle. Jedes Mitglied der DKP weiß aus seiner praktischen Erfahrung, dass die Aktivität einer Gruppe entscheidend von dem jeweiligen Vorstand abhängt. Aber auch der Klassengegner weiß um die Bedeutung der Vorstände: Wohl kein Vorurteil über die Kommunistische Partei wird so beharrlich gepflegt wie das von der „absoluten Herrschaft“ der Funktionäre. Das wenden die Unternehmer längst auch auf die Gewerkschaften an, die sich ihnen widersetzen. Aber was macht diese herausragende Rolle der Vorstände, Kommissionen und Sekretariate als Leitungsorgane aus? Wozu brauchen wir sie eigentlich?

In der DKP war zeitweise die falsche Auffassung verbreitet, dass das Wesen der Leitungsarbeit die Zentralisation wäre, dies würde die Diskussionen; Vorschläge und die dezentrale Tätigkeit der Gruppen und jeweiligen anderen Parteigliederungen abwürgen oder behindern. Hier wird dann leicht ein Gegensatz zwischen „Führung“ und „Basis“, „oben“ und „unten“, „Ost“ und „West“ hineingedacht.

Ein Element der zentralen Führung der Partei ist aber ebenfalls der Beschluss eines Parteitags, einer Delegiertenkonferenz, einer Mitgliederversammlung, obwohl wir es hier nicht mit einem Vorstand zu tun haben, wohl aber mit Parteikörperschaften, die die Vorstände wählen. Andererseits, hat jedes Mitglied der DKP nach dem Statut unserer Partei, sowohl die Pflicht sich für die beschlossene Politik einzusetzen, aber gerade auch das Recht; Kritik an der Tätigkeit der Vorstände seiner Parteiorganisation zu üben. Obwohl die Vorstände also viel mit dem zentralistischen Element unserer innerparteilichen Demokratien zu tun haben, wäre es falsch, das Wesen der Leitungsarbeit in der Zentralisation zu suchen.

Die Arbeit der Kommunistinnen und Kommunisten in einer einzelnen Grund Organisation ist außerordentlich vielfältig, um vieles mehr die in einer Kreis- oder Bezirksorganisation. Mitglied in der Kommunistischen Partei zu werden heißt aber, nicht nur z.B. für „seinen“ Betrieb, nicht nur zu einem Thema etwas verändern zu wollen, sondern politisch, ideologisch und organisiert die Umwälzung der sozialen Verhältnisse anzustreben. Das geht nur in der Kombination mit anderen, in der Organisation; und das wiederum bedeutet: Unterordnung der Teile unter das Ganze, der einzelnen Tätigkeiten unter die gemeinsamen Ziele.

Wie soll nun diese dem gemeinsamen Zweck dienende Unterordnung funktionieren? In jeder größeren Organisation ist es illusionär, eine solche Verpflichtung auf die gemeinsamen Ziele spontan herstellen zu wollen. Wie im Produktionsprozess auch braucht es dazu festgelegte Verfahrensweisen und bestimmte, mit Vollmachten ausgestattete Gremien und Personen, die vorrangig dem gemeinsamen Zweck dienen. Ihre Funktion ist es, vor allem die Gesamtinteressen der Organisation zu vertreten, Wir haben es dabei zum einen mit einer Arbeitsteilung innerhalb der Partei zu tun, zum anderen mit der Übertragung von Verantwortung und Autorität (des gemeinsamen Zieles) auf einzelne Personen und - in der Kommunistischen Partei - auf Kollektive: die Vorstände, Sekretariate, Kommissionen. Die Entwicklung der sozialen Organisation hat vielfältige Arten von Leitung hervorgebracht Re-

gierungen, Militärische Stäbe, Unternehmensleitungen, Vereinsvorstände, Gewerkschaftsführungen usw. Sie unterscheiden sich hauptsächlich nach dem Zweck, dem sie dienen, und der Art der Organisation, zu der sie gehören, sowie nach den konkreten Bedingungen, unter denen sie wirken.

Und die Vorstände in der Kommunistischen Partei? Sie stellen in ihrer Art etwas Besonderes dar, wie es auch die Kommunistische Partei unter allen anderen Organisationen ist. Ihre Grundlage ist - wie schon ausgeführt - eine gemeinsamem, wissenschaftliche Weltanschauung.

In der DKP wählen die Grundorganisationen ihre Gruppenvorstände, die Kreismitgliederversammlungen ihre Kreisvorstände, die Bezirksdelegiertenkonferenzen/Bezirksmitgliederversammlungen ihre Bezirksvorstände und der Parteitag den Parteivorstand. Die gesetzlichen Bestimmungen des bürgerlichen Parteiengesetzes verlangen, dass Sprecher bzw. Vorsitzende und andere Vorstandsmitglieder alle zwei Jahre gewählt werden müssen.

Die Vorstände der DKP wiederum, von den Gruppen und Kreisen über die Bezirke bis auf Bundesebene, kennen Arbeitsausschüsse - auch = Sekretariate auf bezirklicher und zentraler Ebene genannt - und Kommissionen wählen. Diese sind an die Beschlüsse des Gremiums, von dem sie gewählt wurden, gebunden. Sie sind zugleich berechtigt zwischen den Sitzungen oder Tagungen des Vorstandes, der sie gewählt hat, im Rahmen der aktuellen politischen Entwicklung. und der laufenden Arbeit ebenfalls Beschlüsse fassen, über die sie, dann auf den jeweiligen Vorstandssitzungen Rechenschaft ablegen. Die Vorstände sollen arbeit- und handlungsfähig sein und müssen innerorganisatorische Querelen und lähmende Zustände überwinden.

Für jeden Vorstand in der DKP gibt es zwei Grundaufgaben. Die eine besteht in der schöpferischen Umsetzung des Programms und der Beschlüsse der Partei und ihre Weiterentwicklung. Dazu gehört, die Partei oder die jeweilige Gliederung zur Durchführung ihrer politischen Aufgaben zu befähigen; die Aktion zu organisieren; an den entscheidenden Punkten selbst voranzugehen und schließlich die realen Ergebnisse zu kontrollieren, auszuwerten und Schlussfolgerungen daraus zu ziehen für eine Weiterentwicklung der Partei und ihrer allseitigen Tätigkeit.

Die zweite grundsätzliche Aufgabe ist die Sicherung der Kontinuität und Stärkung der Partei. Das heißt: auf die Einhaltung und lebendige Anwendung der Organisationsprinzipien und der Leninschen Normen des Parteilebens zu achten; die Partei gegen Spaltungs- und Beeinflussungsversuche zu schützen; den inneren Aufbau der Partei entsprechend ihrer Organisationsprinzipien und den aktuellen Anforderungen optimal zu entwickeln und die personelle Entwicklung der Partei zu fördern.

4. Weitere Literatur:

- W.I.Lenin: Was tun? In: Werke Bd.5 bzw. W.I.Lenin, Werke in VI Bänden, Bd. I, S.333-541
- „DKP – Partei der Arbeiterklasse – Ihr politischer Platz heute“, Handlungsorientierung (Beschlüsse des Parteitages der DKP 2000), Referat Heinz Stehr
- Referat der 2.Parteivorstandstagung 2000 (Ref.: Christian Koberg)

5. Vorschläge für die Gestaltung des Bildungsabends

In der Diskussion sollte herausgearbeitet werden, dass die Notwendigkeit der kommunistischen Partei sich auch in der heutigen Zeit aus den objektiven gesellschaftlichen Bedingungen und Widersprüchen ergibt.

Notwendig ist die Stärkung der Organisation durch die Gewinnung neuer Mitglieder der Partei. Erforderlich ist es, dass die Mitglieder der DKP mit dem Rückhalt ihrer Partei in Betrieben und Gewerkschaften sowie politischen und sozialen Bewegungen wirksam werden. Dazu ist die Aktivität aller Genossinnen und Genossen notwendig. Die grundsätzlichen Organisationsprinzipien der kommunistischen Partei haben unter heutigen Bedingungen nicht an Bedeutung verloren. Es ist jedoch notwendig, sie entsprechend aktueller Anforderungen weiter zu entwickeln.

Für die konkrete Durchführung des Bildungsabends schlagen – in Abhängigkeit von den Voraussetzungen der Teilnehmer und den Möglichkeiten der Organisation – folgende alternative Herangehensweisen vor:

- a) Zwei Bildungsabende durchzuführen: In einer **ersten Diskussion** sollten umfassend zunächst die Positionen von Marx, Engels und Lenin sowie historische Erfahrungen der kommunistischen Bewegung diskutiert werden. Am **zweiten Abend** sollte dann die Diskussion um Organisationsgrundsätze der DKP unter heutigen Bedingungen sowie von Inhalten der vorliegenden ersten Grundlagen für die Programmdiskussion der DKP erfolgen. Zu diskutieren sind konkrete Folgerungen für die eigene Organisation. Wir schlagen vor, dass jeweils ein Teilnehmer oder der Seminarleiter eine kurze Einführung zur Diskussion gibt.
- b) **An einem Bildungsabend** – mit Bezug auf die Geschichte - vor allem über heutige Herausforderungen sowie die vorliegenden Grundlagen für die Programmdiskussion zu diskutieren und konkrete Folgerungen für die eigene Organisation abzuleiten. In diesem Fall sollte der Seminarleiter oder ein Teilnehmer die Diskussion mit einem etwas umfassenderen Beitrag einleiten.

Zu überlegen wäre, inwieweit allen Genossinnen und Genossen vor dem Bildungsabend das gesamte Material zum Bildungsthema zur Verfügung gestellt werden sollte oder kann bzw. ob es sinnvoller ist, vor allem den Einleitungs- oder einen anderen Teil für eine Vorbereitung der Diskussion zu nutzen.

Zu überlegen wäre auch, inwieweit die Ergebnisse der Diskussion in die Programmdebatte der DKP – möglicherweise auch nach weiteren Diskussionsrunden zum Thema – in diese Debatte eingebracht werden können (UZ-Diskussionsforum, Anträge usw.)

Wir bitten Euch, uns Eure Erfahrungen, Eure Kritik, weitere Anregungen und Vorschläge zum Bildungsthema sowie zur Verbesserung der zentralen Bildungsarbeit zukommen zu lassen.